Linke mahnt Regelung zu Straßenausbaubeiträgen an

Die Fraktion Die Linke hat die Landesregierung aufgefordert, ihre Neuregelung zu Straßenausbaubeiträgen vorzulegen. Das entsprechende Gesetz sollte laut Ankündigung von Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) bereits im Frühjahr beraten und bis zur Sommerpause verabschiedet werden, sagte der Abgeordnete Frank Kuschel am Mittwoch in Erfurt. «Wenn sich die Bürger schon am Bau von Straßen finanziell beteiligen sollen, ist dies vorher mit ihnen zu klären.» Gleichzeitig wiederholte Kuschel die Forderung seiner Fraktion, die Kommunen nach dem Vorbild Sachsens nicht weiter zur Erhebung von Ausbaubeiträgen zu zwingen.

Das Problem mit den Straßenausbaubeiträgen wurde durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vor drei Jahren offenkundig. Das Gericht pochte auf die Einhaltung bestehender Gesetze zur Erhebung der Gebühren. Damit wurden die säumigen Gemeinden verpflichtet, das Geld rückwirkend ab 1991 von ihren Bürgern zu kassieren. Althaus hatte im vergangenen Oktober angekündigt, er wolle mit einem Gesetz die sozialen Härten bei Nachzahlungen abfedern. Geplant sei, die Rückzahlung der Beiträge auf 20 Jahre zu strecken und Zinsen zu erlassen.

Nach Angaben der Regierung verfügen bislang 172 der rund 1000 Gemeinden noch nicht über eine eigene Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Im Sinne der Beitragsgerechtigkeit müssten auch sie den Einzug der umstrittenen Gebühren regeln. Als Stichtage dafür nannte der damalige Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU) den 31. Dezember 2009 oder 2010. In diese Satzungen könnten die Kommunen dann Sonderregelungen wie die Stundung der Beiträge und den Verzicht auf Zinsen eintragen.

dpa Kommunen/Verkehr/
Datum: 14.05.2008, 15:19
lth Thüringen (dpa) Politik, Priorität 4